

Mahnwache in Rostock für den öffentlichen Dienst

Am 31. März 2022 fand in Rostock vor dem Rathaus die Mahnwache des dbb und seiner Fachgewerkschaften für den öffentlichen Dienst statt. Die Versammlung stand unter dem Motto „Wertschätzung und Respekt für die Coronahelden des öffentlichen Dienstes“. Für die DPoIG M-V sprach unser Landesvorsitzender Ronald Müller zu den Anwesenden. In seiner Ansprache wies er auf die Notwendigkeit der Wertschätzung und des Respektes für alle Menschen im öffentlichen Dienst hin. „Wer Einsatzkräfte oder Beschäftigte in den Ämtern tätlich angreift, weil sie die Rechtsnormen durchsetzen, wer sich in seinem Handeln nicht an rechtsstaatliche Regeln hält und dabei die Gesundheit oder das Leben der Menschen gefährdet, der ist kein Aktivist – der ist ein Gewalttäter und Straftäter. Der verdient keinen Applaus oder eine politische Plattform, der verdient ein Strafverfahren!“ ■



Flüchtlinge müssen besser geschützt werden

Der Krieg in der Ukraine ist neben Corona wohl das aktuell bedrückendste Ereignis mit schwerwiegenden Folgen für ganz Europa, deren Tragweite noch nicht abzusehen sind. Die politische Anspannung könnte größer kaum sein, was eine Gradwanderung zwischen deutlichen Signalen und den richtigen diplomatischen Entscheidungen in Richtung Russland für die Regierung bedeutet.

Schockierende Bilder gehen um die Welt, die jedoch nur einen Bruchteil der Grausamkeit und Brutalität zeigen, die in der Ukraine gerade stattfinden. Es gibt wenige verifizierte Aufnahmen und Berichte aus den umkämpften Gebieten, umso wichtiger ist es, die zur

Verfügung stehenden Informationen zu nutzen und entsprechende Konsequenzen daraus zu ziehen.

Amnesty International dokumentiert Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Rahmen des Krieges in der Ukraine. In den letzten Wochen wurden Belege für mutmaßliche Kriegsverbrechen des russischen Militärs gesammelt und aktuelle Meldungen, Briefings und Untersuchungen auf www.amnesty.de veröffentlicht.

Die Leidtragenden sind Kinder, Frauen, Männer und Solda-

t(inn)en, die im Krieg verletzt, getötet oder vertrieben werden und unfassbares Leid ertragen müssen. Nach Angaben der UNO-Flüchtlingshilfe sind seit Beginn der Militäroperation am 24. Februar insgesamt 4,3 Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen, der Großteil sind Frauen und Kinder. 7,1 Millionen Menschen sind innerhalb der Ukraine auf der Flucht und versuchen einen sicheren Weg in eines der Nachbarländer oder nach Deutschland zu finden. 13 Millionen Menschen befinden sich derzeit in schwer zu erreichenden Regionen.

Der Bundesvorsitzende der DPoIG, Rainer Wendt, äußerte

Impressum:

Landesgeschäftsstelle
Hinrichsdorfer Straße 7 c
18146 Rostock
Tel.: 0381.20749724
Fax: 03212.7393777
www.dpolg-mv.de
V.i.S.d.P.: Annakatharina Kroege



sich in Berlin zu dem Bild an Grenzübergängen und Bahnhöfen in Deutschland:

„Selten hat man erlebt, wie ein schwacher Staat Menschen in Not im Stich lässt. Selbst gemalte Schilder, freiwillige Helfer und herumirrende Menschen bestimmen das Bild, wenn Menschen an der Grenze oder in den Bahnhöfen ankommen. Gäbe es keine freiwilligen Helfer und Hilfsorganisationen, wären

sie völlig allein, das ist alles nicht zu fassen. Der Berliner Senat versagt mal wieder komplett und auch die Bundesregierung hat nicht einmal im Ansatz einen Plan, wie die Abläufe gesteuert werden können.“

Täglich kommen circa 5 000 Flüchtlinge in Deutschland an und werden auf die Bundesländer verteilt. In Mecklenburg-Vorpommern sind nach Angaben des Innenministeriums

offiziell 9 000 ukrainische Flüchtlinge angekommen (Stand: 1. April). Nach Schätzungen könnten es aber tatsächlich 10 000 bis 12 000 Menschen sein, die derzeit in M-V Schutz suchen. Damit liegt M-V bereits über der errechneten Quote des Verteilungsschlüssels und bekommt daher momentan keine weiteren Flüchtlinge vom Bund zugeteilt. Knapp 1 000 Personen sind in Notunterkünften untergebracht, viele weitere konn-

ten bereits in dauerhafte Unterkünfte ziehen. Über 600 Kinder und Jugendliche aus der Ukraine gehen nun in M-V zur Schule, wodurch der Bedarf an Lehrkräften mit einer Weiterbildung für den Unterricht von Deutsch als Zweitsprache steigt.

*www.amnesty.de, 7. April 2022
www.merkur.de, 1. April 2022
DPoIG Bund Pressemitteilung,
15. März 2022*

Die DPoIG im Gespräch mit dem Innenminister

Gut Ding will Weile haben. So heißt es zumindest im Volksmund. Und ja, es hat eine Weile bis zu diesem Gesprächstermin gedauert. Aber wir alle (einschließlich Minister Pegel) waren seit der Landtagswahl 2021 entweder ausgebucht oder durch die Pandemiefolgen betroffen. Ein früheres Treffen war somit einfach nicht möglich.

So trafen sich erst am 1. April 2022 der Minister für Inneres, Bau und Digitalisierung, Herr Christian Pegel, und die DPoIG M-V.

Im Rahmen des persönlichen Kennenlernens stellte unser Landesvorsitzender Ronald Müller in Begleitung des Landesgeschäftsführers Uwe Kaatz die DPoIG M-V und sich selbst dem Minister vor.

In einer sehr offenen Kommunikation wurden nach der Vorstellung die gewerkschaftlichen Forderungen und die aktuellen Themen aus dem Aufgabenheft der DPoIG M-V besprochen:

- > die Inkraftsetzung des § 17 a ff. der Erschwerniszulagenverordnung auch in M-V,
- > die Personalentwicklung der Landespolizei, insbesondere die Verbesserung der Lauf-

- bahnentwicklung für den mittleren Dienst,
- > die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage,

- > die Notwendigkeit der stärkeren Beachtung des Arbeitsschutzes in der Landespolizei allgemein und
- > die dringend notwendige Schaffung von modernen Schießstätten für die Landespolizei.

Der Minister zeigte im Gespräch durchaus Verständnis für die gestellten Forderungen.

Leider konnten wir nicht sofort in allen Punkten eine Lösung herbeiführen. Herr Pegel

signalisierte aber, dass dort, wo es möglich sei, an einer schnellen und pragmatischen Lösung gearbeitet werden wird. Es wurde vereinbart, dass die DPoIG M-V das Ministerium beratend bei der Lösungsentwicklung der aufgeworfenen Punkte unterstützen wird. Eine Fortführung der Gespräche dafür wurde beidseitig vereinbart.

Ronald Müller



Ministerbesuch

© DPoIG M-V



Inflation macht vor dem Gehalt nicht halt

Nicht nur in Krisenzeiten hat sich ein Job im öffentlichen Dienst bewährt. Ein sicherer Arbeitsplatz mit einem regelmäßigen Einkommen und positivem Ausblick in die Zukunft bis zur Rente beziehungsweise Pension – das sind Kriterien, die neben dem Aufgabenfeld viele Bewerber(innen) ansprechen und den Einstieg in das Berufsleben ebnen.

Dass diese Vorteile allein jedoch nicht mehr ausreichen, um dem Personalmangel im öffentlichen Dienst entgegenzuwirken, ist seit Langem bekannt. Die nachkommenden Generationen stellen mittlerweile ganz andere Anforderungen an ihren zukünftigen Arbeitsplatz und besonders Fachkräfte finden in der freien Wirtschaft oft finanziell attraktivere Angebote.

Insbesondere auf kommunaler Ebene drohe dem öffentlichen Dienst ein dramatischer Mangel an Fachkräften, warnte jüngst der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach. In fast allen Sparten der Gemeinden, Städte und Landkreise werde händeringend nach neuen Mitarbeitenden gesucht. Aktuell fehlten im öffentlichen Dienst bereits mehr als 330 000 Beschäftigte. Durch den demografischen Wandel und dem altersbedingten Ausscheiden von rund 1,3 Millionen Beschäftigten aus dem Dienst in den nächsten zehn Jahren wird sich die Lage noch deutlich verschärfen. Die Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger bei der öffentlichen Daseinsvorsorge sei heute schon spürbar, so Silberbach. Die Personalgewinnungsstrategien müssten nachhaltig ausge-

weitert und die Tätigkeitsfelder für junge Leute attraktiver gestaltet werden.

Der öffentliche Dienst hat gute Argumente für eine berufliche Zukunft und muss weg von der Vorstellung einer verstaubten und bürokratischen Amtsstube. Sparmaßnahmen im Bereich der personellen und technischen Ausstattung sind derzeit nicht angezeigt, wenn dieser Abwärtstrend rechtzeitig gestoppt werden soll. Silberbach warnt vor weiteren Sparmaßnahmen im Staatsdienst: „Eine neuerliche Sparwelle, die den öffentlichen Sektor weiter schwächt, wäre ein historischer Fehler. Was wir jetzt brauchen, sind viel mehr neue Investitionen in den öffentlichen Dienst und die staatliche Infrastruktur.“

Angesichts der sprunghaft angestiegenen Inflation im ersten Quartal auf 7,3 Prozent fordern viele Gewerkschaften einen deutlichen Anstieg der Löhne für die Beschäftigten. In den kommenden Tarifrunden werde ein Plus von 10 Prozent angestrebt, so der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt. Auch der dbb Vorsitzende Ulrich Silberbach fordert einen „realen Einkommenszuwachs“ von mindestens 6 Prozent. Die steigende Inflation müsse nicht nur ausgeglichen werden sondern deutlich überkompensiert werden, um die stark erhöhten Lebenshaltungskosten und Energiepreise finanziell auffangen zu können.

Quellen: *dbb.de* vom 4. April 2022; *Oldenburger-onlinezeitung* vom 31. März 2022

Raser nach Rennen mit der Polizei bestraft

Ein Autorennen mit der Polizei endete für den Raser mit einer Geldstrafe. Der Angeklagte hielt die polizeiliche Zivilstreife für einen mutmaßlichen Konkurrenten und forderte diese zu einem Straßenrennen heraus. Die Zivilstreife beobachtete den Angeklagten zuvor dabei, wie er innerorts an einer Ampel mit seinem BMW, Modell 535d, einen sogenannten Kavaliersstart hinlegte. Als die Beamten sich daraufhin entschlossen, den Fahrer zu kontrollieren, und zum

Überholen ansetzen, beschleunigte dieser auf mindestens 117 km/h. Nach Feststellung des Amtsgerichtes Frankfurt hielt der Angeklagte dabei die Polizeikollegen in ihrem Zivilfahrzeug für „Rennkonkurrenten“ und forderte sie mit dem Manöver zu einem Rennen heraus. Im Ergebnis wurde der BMW-Fahrer in der Hauptverhandlung gemäß § 315 d StGB für die Durchfüh-

rung eines verbotenen Kraftfahrzeugrennens mit einer grob fahrlässigen Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit um mehr als das Doppelte verurteilt. Auch der Einwand, die Polizisten hätten den Fahrer durch ihr Verhalten zu der Tat provoziert, ließ das Gericht nicht gelten. Die Beweisaufnahme ergab, dass das Vorgehen der Ordnungshüter materiell nicht rechtswidrig gewesen sei und der Angeklagte sich durch dieses objektiv neutrale Anhaltmanöver nicht hätte provozieren lassen dürfen.

Quelle: Urteil vom 18. Oktober 2021 – 975 Ds 3230 Js 217464/21 –

Wichtig!



© Pixabay

Der DPoIG-Landesverband hat eine neue Geschäftsstelle:

Hinrichsdorfer Straße 7 c
18146 Rostock

Telefon
0381.20749724
Telefax
03212.7393777

service@dpog-mv.de
www.dpog-mv.de



Am 18. Mai sind Personalratswahlen!

Der Personalrat ist die Interessenvertretung aller Kolleginnen und Kollegen und damit entscheidungsrelevant für die Forderungen an den Dienstherrn. Das Mitbestimmungsrecht und damit auch der Anstoß für Veränderungen kann mit der Wahl ausgeübt werden. Eine hohe Wahlbeteiligung ist wichtig für aussagekräftige Ergebnisse und eine flächendeckende Präsenz der Personalräte in den Dienststellen. Also nutzt euer Stimmrecht am 18. Mai und entscheidet mit über die Vertretung eurer Bedürfnisse und Anliegen!



© Pixabay

Trickbetrug via Whatsapp

Neben dem „klassischen“ Einzeltrick- oder Gewinnspielbetrug über das Telefon und per E-Mail haben Kriminelle nun auch Whatsapp als Plattform für ihre Machenschaften für sich entdeckt. Auch ältere Leute haben heutzutage fast alle Smartphones, und Whatsapp ist generationsübergreifend immer noch der beliebteste Messengerdienst. Die Täter haben durch die Nutzung der App ein leichtes Spiel, da sie nicht Gefahr laufen, anhand der Stimme enttarnt zu werden. Meistens stecken hinter den gut organisierten Betrugs-

delikten kriminelle Gruppierungen, die aus dem Ausland agieren und immer wieder neue Möglichkeiten suchen, um ihre Opfer um ihr Geld zu bringen. Die Masche bleibt dabei meistens gleich – angebliche Angehörige oder vermeintliche Polizeibeamt(inn)en melden sich telefonisch oder eben per Whatsapp bei den potenziellen Opfern und täuschen eine Notlage vor, aus der nur durch finanzielles Mitwirken entkommen werden kann. Die Erfolgsquote ist, trotz ständiger Aufklärung durch Polizei und Banken, sehr hoch.

Leichte Änderungen im Tatablauf und der enorme emotionale Druck, der dabei aufgebaut wird, verunsichert viele Menschen schnell, wodurch stressbedingt alle Vorsichtsmaßnahmen vergessen und schnell das Geld überwiesen beziehungsweise übergeben wird. Neue Tatmittel und das organisierte Vorgehen führen dazu, dass die Täter trotz aller Aufklärungsbemühungen oftmals erfolgreich sind und hohe Geldbeträge erbeuten können.

mehr Menschen auf die Trickbetrüger herein. Die Polizei in M-V registrierte nach eigenen Angaben allein im März mehr als 100 Fälle. 198 Fälle waren es insgesamt seit Jahresbeginn. Den Schaden bezifferte die Polizei auf rund 171 000 Euro. In der zweiten Jahreshälfte 2021 wurden hingegen nur 49 Betrugsdelikte angezeigt. Die Fallzahl hat sich damit gegenüber dem zweiten Halbjahr in 2021 bereits vervierfacht.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern fallen leider immer

Quelle: NDR vom 8. April 2022

> Geburtstage im Mai 2022

Der Landesvorstand und die Kreisverbände der DPoIG Mecklenburg-Vorpommern gratulieren allen im Mai geborenen Kolleginnen und Kollegen und wünschen für das neue Lebensjahr alles Gute. Vor allem Gesundheit und Erfolg für die weitere Zukunft!

Gleichzeitig bedanken wir uns für das vertrauensvolle Miteinander und freuen uns auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ein Jubiläum begehen im Mai:

Johann-Eric Pfeiffer Nick Assmann Marian Tollkühn

Wir übermitteln allen Geburtstagskindern die herzlichsten Glückwünsche, verbunden mit viel Schaffenskraft im neuen Lebensjahr und natürlich bester Gesundheit.

Der Landesvorstand

Die Kreisverbände



© Pixabay.com